

vorwärts

Sonderausgabe Gemeinderatswahlen Zürich

WENIGER MIETE!
MEHR DEMOKRATIE!

Mehr als eine Wahl

Wir leben in einer reichen Stadt, ja gar in einer der reichsten der Welt. Wir wollen, dass Zürich noch reicher wird... aber nicht an Geld!

Reicher an bezahlbaren Wohnungen für Menschen, die keine fette Brieftasche haben, denn bezahlbarer Wohnraum soll ein Grundrecht für alle sein und nicht ein Privileg für Reiche.

Reicher an Demokratie und Mitbestimmung, damit alle am demokratischen Prozess teilnehmen können. Heute sind Personen ohne Schweizer Pass und Jugendliche unter 18 Jahre davon ausgeschlossen und die Mitbestimmung ist in Fragen des täglichen Lebens kaum vorhanden.

Reicher an Solidarität, Toleranz und Offenheit mit all jenen, die auf der Schattenseite unserer Gesellschaft leben oder zu uns fliehen müssen.

Reicher an Mut sich zu Fragen zu äussern, die ausserhalb der Stadtgrenzen liegen. Daher gehen unserer Themen und Forderungen auch über die Stadtgrenze hinaus.

Reicher an Bewusstsein, dass Zürich eine Weltstadt ist. Aus diesem Grund wollen wir die Frage der internationalen Solidarität ins Zürcher Stadtparlament hinein tragen.

Reichtum besteht für uns nicht aus Geld, sondern aus Werten wie Solidarität, Offenheit, Respekt und Verantwortung für das Hier und Jetzt aber auch für das Morgen. Ausgehend von diesen Werten streben wir eine Gesellschaft an, die Karl Marx mit den Worten beschrieb: «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen». Und dies ist eben mehr als eine Wahl – es ist eine revolutionäre Wahl.

Tarek Idri
Kreis 12

Nesrin Ulu
Kreis 3

Marcel Bosonnet
Kreis 4 und 5

Naemi Lauber
Kreis 10

PARTEI DER ARBEIT

LISTE 11

IN DEN GEMEINDERAT

★ PdA

PDAZUERICH.CH



Mieten runter, jetzt!

In der Stadt Zürich herrscht Wohnungsnot. Günstiger Wohnraum ist fast nicht zu haben. Dabei gäbe es Platz genug. Hunderttausende Quadratmeter Bürofläche stehen leer und ungenutzt, und trotzdem werden von den SpekulantInnen, die sich zukünftige Gewinne versprechen, weiterhin Bürokomplexe gebaut. Auch viele Luxusimmobilien gammeln leer vor sich hin. Die Immobilienhaie und HauseigentümerInnen bereichern sich schamlos am Notstand der Bevölkerung. Durch den günstigen Referenzzinssatz haben sie die MieterInnen in der Schweiz seit 2009 um beinahe 10 Milliarden Franken betrogen. Die Mieten steigen unaufhörlich und die herrschende Politik schaut tatenlos zu. Das muss ein Ende haben: Die Partei der Arbeit (PdA) fordert zur Linderung der Notsituation eine sofortige Mietzins-senkung um 25 Prozent in der ganzen Stadt Zürich.

Die Situation ist ernst. Rund 30 Prozent aller MieterInnen geben mehr als ein Viertel ihres Einkommens für die Miete aus. Für die tiefsten Einkommen sind es sogar 60 Prozent. Die Anzahl Wohnungen, die bezogen werden können, schwankt in der Stadt Zürich zwischen 0,08 bis 0,22 Prozent. Das ist extrem wenig. Als tragbar gilt 2 Prozent. Aber auch das würde noch lange nicht sicherstellen, dass es genügend bezahlbaren Wohnraum gibt. Die herrschende Politik tut wenig, um die Situation zu lindern, und vor allem nichts, das wirklich hilft. Mit ihren Aufwertungen und Begrünungen verschlimmern sie die Sache häufig nur, weil sie nicht verhindern, dass die «quartierüblichen» Mieten dadurch ansteigen. Die Folge der Wohnungsnot ist, dass Menschen mit wenig Geld aus der Stadt verdrängt werden. Wir überlassen unsere Stadt aber nicht kampflos den Reichen und ihrer Profitgier!

Grundsätzliche Ziele

Wohnen ist ein Grundrecht. Es ist ein Bedürfnis, das alle haben. Das Recht auf Wohnen muss entsprechend in der Gemeindeordnung der Stadt und in der Verfassung festgeschrieben werden. Dadurch kann der Staat stärker zur Verantwortung gezogen werden, wenn er der Bevölkerung dieses Recht verwehrt.

Auf eine Wohnung kann man nicht verzichten, darum haben die HausbesitzerInnen die ganze Macht. Wer nicht nach ihrer Pfeife tanzt, dem wird gekündigt, oder der bekommt die Wohnung nicht. Die Besitzenden können die Mieten erhöhen, Luxussanierungen durchführen, günstigen Wohnraum

durch teure Neubauten vernichten, wie es ihnen passt. Das Grund- und Wohneigentum gehört ganz einfach nicht der Willkür und der Ineffizienz des freien Marktes ausgesetzt. Die PdA fordert, dass es kommunal reguliert und kontrolliert wird.

Menschen mit weniger Geld geben einen viel grösseren Teil ihres Einkommens für die Miete aus als die Reichen. Diese Ungleichheit könnte beseitigt werden, wenn der Mietzins dem Einkommen der MieterInnen angepasst und auf weniger als 20 Prozent des Einkommens festgesetzt wird.

Mehr städtische Wohnungen!

Städtische Wohnungen und Genossenschaften sind deutlich günstiger, als das, was der private Wohnungsmarkt anbietet. Umso schwerer ist es, überhaupt an eine solche Wohnung zu gelangen. Die Stadt muss als Vorbild damit anfangen, deutlich mehr Wohnungen zu bauen. Die PdA steht ein für einen aktiven kommunalen Wohnungsbau unter strenger demokratischer Kontrolle, der als Priorität Wohnungen für die unteren Einkommensklassen bereitstellt. Für den Bezug und die Benutzung dieser Wohnungen sollen strenge Lohnkontrollen sowie Personenzahlkontrollen durchgeführt werden mit sozialen Übergangslösungen.

Auch die Stadt macht sich schuldig, dass die Mieten ständig steigen. Bei der Sanierung der Wohnsiedlung Bullingerhof im Quartier Aussersihl wird sie beispielsweise die Mietzinse um ganze 60 Prozent erhöhen. Die Stadt Zürich widerspricht damit direkt ihrem Auftrag, der in der Gemeindeordnung festgeschrieben ist, für die Erhaltung des Anteils von preisgünstigen Wohnungen zu sorgen. Sie ist aufgefordert, sofort die Mietzinse einzufrieren und die Mietpreiserhöhungen der letzten Jahre zurückzunehmen.

Die Quartiere müssen stärker in die Stadtentwicklung einbezogen werden, indem das betreffende Quartier demokratisch über den Neubau von Wohnungen und die betroffenen MieterInnen zusammen mit dem Quartier über Ersatzneubauten und Sanierungen entscheiden.

VermieterInnen strenger kontrollieren!

Die PdA setzt sich gegen die Vernichtung preisgünstiger Wohnungen, gegen unnötigen Abruch und Luxussanierungen, gegen Vertreibung, «Aufwertung» und Gentrifizierung ein. In Zukunft müssen freigewordene Wohnungen einer obligatorischen

Meldepflicht unterstehen; bei wiederholter Missachtung der Meldepflicht kann das Wohneigentum entschädigungslos enteignet werden. Dies macht die Wohnungssuche für die Bevölkerung transparenter, bekämpft Vetternwirtschaft und schränkt ein, dass die VermieterInnen die Mieten hoch halten. Die Stadt soll zusätzlich die Möglichkeit erhalten, leerstehende Wohnungen nach einer bestimmten Zeit zwangsweise vermieten zu können.

In der Stadt Zürich müssen Zweitwohnungen umgehend verboten werden. Eine Ferienwohnung o.ä. in Zürich, während andere durch die hohen Mieten aus der Stadt vertrieben werden, ist inakzeptabel.

In Zukunft sollen ImmobilienbesitzerInnen auch entschädigungslos enteignet werden, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen (z.B. wenn sie Wohnungen verlottern lassen).

Die Rechte der MieterInnen stärken!

Es herrscht ein Ungleichgewicht der Kräfte zwischen MieterInnen und VermieterInnen. Die MieterInnen müssen sich bei der katastrophalen Situation auf dem Wohnungsmarkt vieles gefallen lassen. Drehen wir den Spieß um! Der MieterInnenschutz muss umfassend ausgebaut werden. Es braucht ein generelles Kündigungsverbot. Kündigungen, um danach teurer zu vermieten, müssen gestoppt werden.

Bei Neuvermietungen von Wohnungen darf der Mietzins nicht mehr einfach erhöht werden. Das ist der häufigste Trick, den die HausbesitzerInnen anwenden, um ihren Profit zu erhöhen. In Zukunft sollen Mietzinserhöhungen staatlich genehmigt werden müssen, das heisst, die VermieterInnen müssen Preissteigerungen klar begründen und eine amtliche Bewilligung dafür einholen. Damit kann die zügellose Ausbeutung der MieterInnen etwas eingedämmt werden.

Bei Ersatzneubauten darf kein höherer Mietzins verlangt werden, als zuvor für den entsprechenden Wohnraum, der abgerissen wurde, gezahlt wurde. Luxuserneuerungen dürfen nicht mehr zugelassen werden.

Den MieterInnenkampf unterstützen!

Die Macht der HauseigentümerInnen muss gebrochen werden. Dafür reicht die parlamentarische Arbeit nicht. Die PdA unterstützt und ist grundsätzlich offen für verschiedene Formen des Widerstands der MieterInnen gegen die VermieterInnen: MieterInnenstreiks, Demonstrationen und Besetzungen sind legitime Mittel im Kampf gegen hohe Mietzinse und Wohnungsknappheit. Besetzungen sind kein Landfriedensbruch, sie rühren aus der Wohnungsnot her. Sie dürfen deshalb nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Bei MieterInnenstreiks, z.B. gegen hohe Mietzinse oder schlechte Wohnverhältnisse, darf den MieterInnen nicht gekündigt werden, und Mietzinsnachzahlungen können nicht eingefordert werden.

Die PdA ruft zur Gründung einer MieterInnengewerkschaft auf, welche die lohnabhängigen MieterInnen kämpferisch organisiert, sich nicht vor Konfrontationen mit den VermieterInnen scheut und eng mit der ArbeiterInnenbewegung und den Gewerkschaften zusammenarbeitet. Die PdA unterstützt Aktionen und Aktivitäten, welche gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen.

- Den freien Personenverkehr für alle Menschen, nicht nur für jene aus der EU

- Eine aktive Förderung von Kontakten zwischen Einheimischen und MigrantInnen

- Angebote zur Integration, statt unerfüllbare Integrationsforderungen

- Menschliches Entwicklungspotential fördern: Alle Menschen, die unter uns leben, erhalten gezielte Unterstützung in der Aus- und Weiterbildung am Arbeitsplatz

- Die Anwendung der Anti-Rassismus-Strafnorm auch bei Diskriminierungen von MigrantInnen

Wir widersetzen uns dem Prinzip von Teilen und Herrsche. Keiner, keine verlässt alles, was ihm und ihr lieb ist, ohne Not. Kein Mensch ist illegal, das Recht auf Leben steht allen zu.

- Die Legalisierung der Sans-Papiers und ihrer Arbeitsverhältnisse

- Ein Ausländer- und Asylgesetz, das nicht auf Abschreckung, sondern auf Menschlichkeit basiert

- Angemessene, menschenwürdige Unterkünfte für Asylsuchende

- Austritt der Schweiz aus den Schengen- und Dublin-Abkommen

- Eine Zürcher City Card für Sans-Papiers als ersten Schritt hin zur Legalisierung

- Das aktive Stimm- und Wahlrecht für alle Personen, die in der Schweiz leben

- Den Schweizer Pass für alle, die in der Schweiz geboren werden

Impressum
HERAUSGEBERIN:
Verlagsgenossenschaft vorwärts,
PdA und ihre Deutschschweizer
Sektionen, Postfach 2469,
8026 Zürich, PC: 40-19855-7.
Die Publikation erscheint 14-täglich.

REDAKTION:
vorwärts, Postfach 8230, 8036 Zürich,
Tel. 044 241 66 77,
E-Mail: redaktion@vorwaerts.ch,
Redaktion: Damjan Bugmann (dab),
Tarek Idrî (tai), Siro Torresan (sit),
Sabine Hunziker (sah)

REGELMÄSSIGE MITARBEIT:
Judith Schmid, Jonas Ammann,
Amanda Ioset, Salomé Voirol

ABONNEMENTE:
abo@vorwaerts.ch
Jahresabo: 160.–,
reduziert (AHV Stud.): 110.–,
Probeabo: 4 Ausgaben gratis
Druck: Union Druckerei Berlin

Ein solidarisches Zürich und eine offene Schweiz

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und die Schaffung von Sündenböcken lenken von den echten gesellschaftlichen Problemen ab, spalten die Lohnabhängigen im Interesse des Kapitals. Ein solidarisches Zürich und eine offene Schweiz schaffen Perspektiven.

Wir fordern:

- Eine Zürcher City Card für Sans-Papiers als ersten Schritt hin zur Legalisierung

- Das aktive Stimm- und Wahlrecht für alle Personen, die in der Schweiz leben

- Den Schweizer Pass für alle, die in der Schweiz geboren werden

Radikale Demokratie

Wir leben in einer partiellen Demokratie, welche ganz wichtige Lebensbereiche ausklammert. Ein konkretes Beispiel: Die SBB laden zu Workshops über einen geplanten, riesigen Neubau auf dem Areal Neugasse ein. Ideen, die hier von der Bevölkerung eingebracht werden, sind aber für die SBB in keiner Art und Weise verpflichtend.

Das ist kein Zufall, sondern von den ProfiteurInnen dieser «Scheindemokratie» so gewollt und gesteuert: Umso weniger die BürgerInnen mitbestimmen können, desto einfacher ist es für jene, welche die «demokratischen Institutionen» beherrschen, ihre Interessen durchzusetzen und ihre Macht zu festigen. Diesbezüglich ist ein Blick auf die Eidgenossenschaft lehrreich: Die 246 ParlamentarierInnen im National- und Ständerat kommen gemeinsam auf 1246 Verwaltungsratsmandate. Für ihre Mandate bekommen sie Geld. In ihrer Politik vertreten sie die Positionen jener, die sie bezahlen. Das sind vor allem Schweizer Unternehmen und Grosskonzerne, die wichtige Akteure auf den Finanzmärkten sind und so indirekt im Parlament vertreten sind. Somit ergibt sich, dass die Gewählten ganz einfach im Dienste der Akteure der Finanzmärkte stehen und ihnen untergeordnet sind. Dies ist überall so in der bürgerlichen Demokratie, auch hier bei uns in der Stadt Zürich!

Wir stellen fest...

- Von der Demokratie verstanden als Herrschaft des Volkes bleibt nur noch ein trügerischer Schein übrig. In Tat und Wahrheit leben wir in einer Diktatur der Finanzmärkte, des Kapitals.

- Die wenigen demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten wie Wahlen, Referenden und Initiativen sind mit hohen Kosten verbunden. Zudem schliessen sie formal einen wesentlichen Teil der Bevölkerung aus: Alle jene ohne Schweizer Pass und Jugendliche unter 18 Jahren.

- Die Mitbestimmung in entscheidenden Angelegenheiten des täglichen Lebens der Menschen ist völlig unzureichend: Am Arbeitsplatz, bei den Mieten, in der Schule für die Kinder/Jugendlichen und ihre Eltern, bei der Verkehrsgestaltung im Quartier, beim Gestalten der Freizeitpärke und -anlagen, in den Medien und in vielen weiteren Bereichen. Es gibt ferner zahlreiche Menschen, welche sich von ihrer sozialen Stellung her nicht genügend Gehör verschaffen können.

... und haben zum Ziel:

Die Ausdehnung der Demokratie als aktive und verantwortliche Teilnahme auf alle Lebensbereiche hin zu einer radikal demokratischen, einer sozialistischen Gesellschaft. Um dies zu erreichen, haben wir verschiedene Forderungen:

Partizipation in Quartierräten

Um die möglichst breite Beteiligung aller zu ermöglichen, werden Quartierräte gebildet, in denen die gesamte Bevölkerung vertreten ist. So sollen auch Kinder, Jugendliche und ZürcherInnen ohne Schweizer Pass den Räten angehören.

Die Quartierräte arbeiten zusammen mit der Stadt an der Förderung der partizipativen Demokratie. Sie erarbeiten partizipative Projekte in den Quartieren und setzen diese in Zusammenarbeit mit der gesamten Quartierbevölkerung um. Das selbstbestimmte Tun steht dabei im Zentrum: Gemeinsam einen Spielplatz gestalten, Freiräume für Jugendliche schaffen, Quartiere lebenswerter machen, nicht durch Gentrifizierung, welche Menschen vertreibt, sondern durch gemeinsames Gestalten des öffentlichen Raums etc. Solche Aktivitäten bringen Menschen jeglichen Alters und jeglicher Herkunft zusammen und haben kaum Ausgrenzungspotenzial. Gemeinsames Tun ermöglicht ferner, dass auch jene ihre Fähigkeiten einbringen können, die weniger gut reden können und vor allem: Es fördert die Soli-

darität unter den Menschen!

Im grossen Gegensatz zu den Quartiervereinen, von denen gefordert wird, dass sie neutral bleiben und sich politisch nicht äussern, sollen die Quartierräte zu einem aktiven Zentrum der Politik im Quartier werden. Die Demokratie wird in den Quartierräten zu einer kollektiven Aktivität. Sie fördern das demokratische Bewusstsein der Bevölkerung und bilden die Menschen weiter aus, d.h. welche demokratischen Rechte sie haben und wie sie diese ausüben können.. Die Quartierräte bringen demokratische Prozesse in die Siedlungen und Liegenschaften.

Die 35-Stundenwoche

Für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Gestaltungsprozess ist Zeit notwendig. Die Stadt Zürich geht mit einem guten Beispiel voran und führt für die städtischen Angestellten die 35-Stundenwoche ohne Lohneinbusse ein. Die Stadt soll sich ferner dafür einsetzen, dass alle Betriebe innerhalb der Gemeinde zur 35-Stundenwoche verpflichtet werden. Mit der Reduktion der Arbeitszeit muss die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt werden, d.h. mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Dadurch bleibt mehr Zeit und Energie, um sich für gemeinschaftliche Aktivitäten zu engagieren.

Der Ausbau der direkten Demokratie

Initiativen und Referenden kosten viel Geld. Sie sind jedoch eines der wichtigsten bestehenden Mittel der demokratischen Mitbestimmung und von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Ihre Nutzung muss auch für weniger reiche Menschen möglich sein. In diesem Sinne erstattet die Stadt Zürich einem erfolgreichen Volksbegehren die effektiven Kosten bis zu einem Betrag von 50 000 Franken zurück, findet das Begehren keine Volksmehrheit, beträgt der Höchstbetrag 20 000 Franken. Die Finanzen der Parteien sowie die Finanzierung von Referenden und Initiativen sind offen zu legen. Die MillionärInnen und Grosskonzerne sollen zeigen, wo sie ihre Finger im Spiel haben!

Politische Aktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen und das Sammeln von Unterschriften sind unverzichtbare Bestandteile einer lebendigen Demokratie. Für das Ausüben von demokratischen Rechten soll keine Bewilligung verlangt werden. Weiter setzt sich die Stadt Zürich aktiv beim

Kanton dafür ein, dass das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen, die seit mehr als sieben Jahre hier bei uns leben, eingeführt wird.

Die Stärkung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Die Stadt Zürich erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsgesetz für die städtischen Angestellten, das eine volle Mitbestimmung, das Versammlungsrecht während den Arbeitszeiten sowie das Streikrecht vorsieht und klar regelt.

Demokratische Kontrolle über die Finanzen

Über das Budget der Stadt Zürich wird abgestimmt. Die Stadt schnürt immer wieder Sparpakete beim Service public, die Stimmberechtigten können aber jeweils zu einer Sparmassnahme nur das Referendum ergreifen. Ein obligatorisches Referendum über das Gesamtbudget der Stadt wird die demokratische Kontrolle erhöhen und ein Mittel im Kampf gegen die Sparwut der Bürgerlichen im Sozialwesen bilden. Damit wird das Budget zum Ausdruck des öffentlichen Willens.

Mehr Macht den Quartieren

Im gegenwärtigen System ist es häufig so, dass die Leute über Dinge abstimmen, die sie gar nicht betreffen, und trotzdem hat ihre Stimme das gleiche Gewicht wie jene der Direktbetroffenen. Zum Beispiel soll in einem Quartier nach dem Willen der Stadt ein Prestigebau gebaut werden. Bei der Abstimmung lehnt das Quartier die Vorlage ab, die Stadt als Ganzes stimmt aber zu und es wird gebaut. Das ist die Diktatur der Mehrheit und keine Demokratie! Deshalb erhalten die Wahlkreise das Veto-Recht, wenn es bei Bauprojekten in ihren Quartieren zu einer Ablehnung durch eine Dreiviertelmehrheit kommt.



Arbeit

Arbeit soll Befriedigung, Würde und Einkommen bringen. Doch in der kapitalistischen Wirtschaft gilt Profitmaximierung. Stress, prekäre Anstellungsverhältnisse, Löhne, die kaum zum Leben reichen, stehen Maximaleinkommen und riesigen Gewinnen gegenüber.

Wir fordern:

- Höhere Löhne, sichere Arbeitsplätze und Arbeit für alle

- Die Durchsetzung der Lohngleichheit für Frauen

- Einen existenzsichernden Mindestlohn von 4 000 Franken im Monat

- Einen Mindestlohn für Lehrlinge

- Die Einführung vom Maximallöhnen und die Plafonierung von Boni

- Die 35-Stunden-Woche bei vollem Personal- und Lohnausgleich

- Gesamtarbeitsverträge statt prekäre Arbeit auf Abruf

- Ein Verbot von Leiharbeit

- Den Ausbau des Kündigungsschutzes

- Den vollständigen Schutz der Gewerkschaftsarbeit

- Echte Mitsprache für Personalvertretungen mit arbeitsrechtlichen Befugnissen

Wir wollen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufheben.

Kandidierende

Nesrin Ulu Kreis 3



«Schaffen wir eine offene, solidarische Stadt Zürich ohne Ausgrenzung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, dafür voller Respekt, Toleranz und Verantwortung. Jede und jeder in der Stadt Zürich soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Schaffen wir eine neue Gesellschaft hier und jetzt, um unser Potential entfalten zu können. Dafür lohnt es sich zu kämpfen – auch im Gemeinderat!»

Harald Lukes Kreis 3



«Wie nennt sich das, was momentan passiert? Die Krankenkassenprämiensteigen, der ÖV wird immer teurer und die Sozialsysteme werden abgebaut. Während die Gewinne immer höher und die Reichen immer reicher werden, bewegen sich die Löhne nicht. Das ist Klassenkampf von oben! Es wird Zeit, dass sich die Arbeitenden wehren und sich das holen, was ihnen zusteht!»

Salomé Voirol Kreis 4 und 5



«Während sich das Geld der Reichen auf den Banken wie von selbst vermehrt, geben wir den Grossteil unseres Lohnes schlicht zur Lebenserhaltung aus, sofern wir überhaupt arbeiten können. Dabei wird der Wohnraum knapper und teurer. Gesunde, ökologische und fair produzierte Lebensmittel werden zunehmend als Luxuswaren vermarktet. Unsere Gesundheitsversicherung sorgt sich weniger um unsere Versorgung, als um den

Gewinn der Versicherungsgesellschaften. Leisten wir Widerstand! Organisieren wir uns gemeinsam für unsere Interessen in der PdA!»

Marcel Bosonnet Kreis 4 und 5



«Wenn eine Minderheit, die Dirigenten des grossen Kapitals, der Mehrheit in der Stadt Zürich vorschreibt, welche Prioritäten in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Stadtentwicklung, im Gesundheitswesen gesetzt werden, dann hat das mit Demokratie nichts zu tun. Demokratie heisst, sich nicht mit dem Kapitalismus abzufinden und eine echte sozialistische Alternative für möglich zu halten und dafür zu kämpfen – auch im Gemeinderat!»

Naemi Lauber Kreis 10



«Es ist an der Zeit, die Strukturen unserer Gesellschaft grundlegend umzuwälzen. Die Herausforderungen, die aufgrund des Neoliberalismus und des Kapitalismus entstanden sind, betreffen und bedrohen uns als Gemeinschaft. Im Gemeinderat werde ich mich mit einer konsequent linken Politik für eine Umverteilung des Kapitals zugunsten der sozial Schwächeren einsetzen.»

Vincent Bigger Kreis 10



«Setzen wir ein Zeichen gegen den rechtspopulistischen Hass und für eine gerechte Gesellschaft! Die Kluft zwischen arm und reich nimmt drastische Auswirkungen auf unsere Le-

bensqualität an und die Zwei-Klassen-Gesellschaft wird verstärkt. Das Wohl einer Gesellschaft misst sich an der Lebenssituation der sozial Schwächsten. Deswegen wählt die PdA und stimmt damit für eine Stärkung der Sozialleistungen, die Erhaltung eines starken staatlichen Bildungssystems und damit für Chancengleichheit!»

Tarek Idri Kreis 12



«Wenn nicht bald etwas gemacht wird, können wir Leute mit tieferem Einkommen nicht mehr in dieser Stadt leben. Die Mieten sind unbezahlbar geworden! Die PdA kämpft gegen diese Verhältnisse mit einem klaren Programm: Wir fordern Mietzinsenkungen, strenge Kontrollen bei allen Aufschlägen und mehr städtischen Wohnungsbau.»

Arun Varma Kreis 12



«Löwen, schlummert ihr denn noch? Unbesiegbar seid ihr doch. Brecht ihr eure Ketten nicht, dann verfällt die Chance schlicht— Ihr—ihr zählt—sie zählen nicht.» «Die Mieten sind heute für viele Menschen in der Stadt Zürich eine Geisel. Aber das Wohnen ist ein Grundrecht und nicht ein Privileg von wenigen Reichen. Dringend notwendig ist, dass der Bau von städtischen, bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit einem kleinen Portemonnaie gesetzlich verankert wird.»

Mehr als eine Wahl – eine revolutionäre Wahl

Schon vor über hundert Jahren sagte Rosa Luxemburg: «Sozialismus oder Barbarei!» Im Kampf gegen die Barbarei und für den Sozialismus knüpfen wir an die objektiven Lebensbedingungen und Interessen der Menschen an. Die von der Krise und von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit betroffenen Menschen müssen selbst für ihre Interessen eintreten. Sie zu mobilisieren für den gemeinsamen Kampf, darin sieht die PdA eine ihrer Hauptaufgaben. Deshalb sind der ausserparlamentarische Kampf sowie die Stärkung der Organisation und Kampfbereitschaft der ArbeiterInnenbewegung und der sozialen Bewegungen ein wichtiger und zentraler Aspekt unserer Arbeit.

Grundlage

Es geht nicht nur um eine Reform der Wirtschaft, des Staates, der sozialen Strukturen, um die Beseitigung negativer Auswirkungen, sondern es geht um die Veränderung der Gesellschaft. Dabei stützt sich die Partei der Arbeit auf die Grundlage des Marxismus. Unser Ziel ist der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft. Dies bedeutet die Vergesellschaftung der wesentlichen Sektoren der Wirtschaft (insbesondere des Bank- und Versicherungswesens). Diese demokratisch organisierte Wirtschaft geht vom Arbeitsplatz aus und ist im Interesse al-

ler und nicht im Profitinteresse weniger. Im Sozialismus liegt die Macht beim Volk und ist nicht in den Händen von einigen privaten Lobbys.

Ideal

Doch dort wollen wir nicht stehen bleiben. Unser Ideal ist eine kommunistische, das heisst eine klassenlose Gesellschaft, in der das Leben für alle einen Sinn erhält, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Herrschaft und Entfremdung aufgehoben sind und das ökologische Gleichgewicht wiederhergestellt ist. Diese Gesellschaft

wird von den Werten der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung, des Friedens und der Freiheit von Zwang und Not bestimmt sein. In diesem Sinne sind wir eine revolutionäre Partei, die sich von allen anderen politischen Parteien unterscheidet, die an den Gemeinderatswahlen der Stadt Zürich teilnehmen.

Stimme

So sind die Gemeinderatswahlen für die PdAZ kein Selbstzweck, sondern eine Gelegenheit unter anderen, um sich für eine Veränderung der Gesellschaft zu engagieren. Wir wollen jenen Menschen, den Arbeiterinnen und Arbeitern, eine Stimme geben, die heute keine wirkliche parlamentarische Vertretung haben. Denn die im Parlament vertretenen Parteien sind trotz «farblichen» Nuancen Trägerinnen des kapitalistischen Systems, das Mensch und Umwelt schonungslos im Namen des Profits ausbeutet.

Gründe

Der parlamentarische Kampf wird die Probleme des Kapitalismus nicht lösen. Doch dient er dazu, den Forderungen der breiten Bevölkerung, den ArbeiterInnen, Gehör zu verschaffen und um eventuelle Verbesserungen zu erzielen. Gleichzeitig können die wahren Interessenvertretungen im Parlament besser aufgedeckt und bekämpft werden. Aus all diesen Gründen nimmt die Partei der Arbeit an den Wahlen teil, oder wie Lenin sagte: «Die parlamentarische Bühne für unsere revolutionäre Sache nutzen!»